

Protest gegen Pelze

Importverbot für Pelz gefordert

Auch für kleine Pelzbesätze an Mänteln sterben Tiere qualvoll. Den Konsumenten ist dies selten bewusst. Tierschützer fordern deshalb ein Importverbot von tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten.

von

Nadine Jürgensen

6.10.2015, 20:31 Uhr

1

[Kommentar](#)

«Lieber nackt als im Pelz»: Es gab vor einigen Jahren eine Zeit, da traute sich kaum noch jemand in einem Pelz vor die Tür.

[Doch das Tabu von einst scheint vergessen](#)

, Pelzbordüren an Jacken und Mänteln finden reissenden Absatz, selbst an Kinderkleidern sind sie zu finden. Kaum jemand hat beim Kauf ein schlechtes Gewissen.

Was viele Konsumenten nicht wissen, ist, dass eine wirtschaftliche Pelzproduktion ohne eine tierquälerische Haltung und Tötung kaum möglich ist. Da die Schweiz ein strenges Tierschutzgesetz hat, gibt es hierzulande auch keine nennenswerte Pelzproduktion. Der Pelz wird deshalb importiert – vor allem aus China, Nordeuropa und Polen. Die Tiere werden oft in Käfigen auf Gittern gehalten und nicht selten mit einem Prügel geschlagen und bei lebendigem Leib gehäutet,

[wie die Reportage einer deutschen Tierschutzorganisation dokumentiert](#)

.

Anzeige



Um die Konsumenten in der Schweiz besser aufzuklären, besteht seit 2013 eine

[Deklarationspflicht für Pelzprodukte](#)

, gemäss welcher Auskunft über die Tierart, die Herkunft und die Gewinnungsart gegeben werden muss. Allerdings werden die Pelzprodukte teilweise ungenügend deklariert, wie das kontrollierende Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

[vergangenen Juni konstatierte](#)

.

Dies zeigten auch Stichproben, die der Zürcher Tierschutz

[in einigen Geschäften an der Zürcher Bahnhofstrasse durchführte](#)

. Da die eingeführte Deklarationspflicht nicht ausreiche, ja teilweise verwirre, fordern die Tierpartei Schweiz und weitere Tierschutzorganisationen den Bundesrat und das Parlament in einer Petition auf, ein Importverbot von

tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten einzuführen. Pelzprodukte müssten den strengen Voraussetzungen, wie sie unter dem Schweizer Tierschutzgesetz gelten, entsprechen – dies jedoch käme einem totalen Pelzimportverbot gleich.

Auch die Aargauer SP-Ständerätin Pascale Bruderer setzt sich für eine Verschärfung der Gesetzeslage ein, weil die 2013 eingeführte Deklaration nicht zur Folge habe, dass Konsumenten vom Kauf absähen. Ein Vorstoss von ihr ist bereits überwiesen worden. Das zuständige Bundesamt muss bis Ende 2017 Alternativen zur Deklaration prüfen – darunter fällt auch ein Einfuhr- und Verkaufsverbot. Ein solches sei mit den Bestimmungen der Welthandelsorganisation (WTO) vereinbar, ist Nils Stohner von der Stiftung Tier im Recht überzeugt.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.